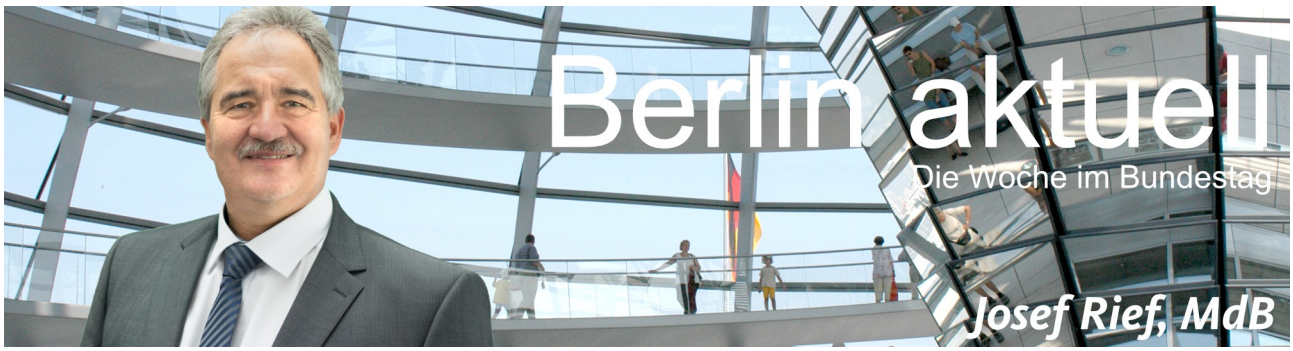

Ukraine durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen!

Unionsfraktion stellt Antrag im Bundestag

Der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich leider bald zum ersten Mal. Westliche Waffenlieferungen haben einen entscheidenden Anteil daran, dass es Russland nicht gelungen ist, die Ukraine einzunehmen. Wenn die Ukraine weiter gegen die russische Aggression bestehen und die besetzten Gebiete befreien soll, benötigt sie weitere Unterstützung in Form wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfen. Dies fordert die CDU/CSU-Bundestagfraktion mit dem Antrag „Ukraine durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen!

Johann Wadephul im Plenum

"Es ist jetzt die Zeit, die Ukraine wirkungsvoll zu unterstützen. Es ist jetzt die Zeit, dass Deutschland endlich grünes Licht für die Lieferung von Kampfpanzern gibt. Es muss jetzt erfolgen, weil die Frühjahrsoffensive bevorsteht" , sagte der stellvertretende Uni- **Seite 2**

Internationale Grüne Woche eröffnet

Nach der Corona-Pause startet in dieser Woche auch wieder die weltgrößte Agrar– und Ernährungsmesse in Berlin in gewohntem Format. Besucher, Aussteller und Fachleute aus dem In– und Ausland treffen sich und diskutieren die Herausforderungen und Chancen für die Branche.

Josef Rief freute sich, beim Empfang nach der Eröffnungsveranstaltung mit dem australischen Landwirtschaftsminister Murray Watt (Foto) sprechen zu können.

Bei seiner Eröffnungsrede argumentierte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gewohnt unseriös. Er hätte den Landwirten in der Krise geholfen, indem er die 60 Mio. Euro Hilfsgelder aus dem EU-Agrarhaushalt mit Bundesmitteln um 120 Mio. Euro aufgestockt hätte. Dass diese Mittel aber der Kürzung der Sozialversicherung in Höhe von jeweils 78 Mio. in 2022 und 2023 gegenüberstehen und sogar verrechnet wurden, erwähnte der Minister in seiner Rede dagegen nicht. Die Grüne Woche läuft noch bis zum 29. Januar.

Diese geht einher mit vielen Fachveranstaltungen und Gesprächen mit Unternehmen, an denen Josef Rief teilnehmen wird. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☎ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☎ (07351) 444 8782 🖷 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

onsfraktionsvorsitzende Johann Wadephul, in der Debatte in dieser Woche.

Der Bundeskanzler muss nach dem Fiasko von Bundesverteidigungsministerin a.D. Christine Lambrecht sicherheitspolitische Klarheit schaffen. Dazu gehört auch endlich die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Dieser Schritt muss im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern geschehen. Doch der Bundeskanzler steht weiterhin auf der Bremse. Nur mit Waffenlieferungen auf qualitativ und quantitativ hohem Niveau kann die Ukraine in die Lage versetzt werden, sich auch weiterhin gegen die russische Aggression zu verteidigen. Nach langem Zögern und einer desaströsen Personalentscheidung im Verteidigungsressort, muss die Bundesregierung nun proaktiv handeln, um den außen- und sicherheitspolitischen Flurschaden, der in den letzten Monaten bei unseren Alliierten entstanden ist, zu begrenzen.

Zum Wechsel an der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums sagte Josef Rief: „Christine Lambrecht war fachlich nicht geeignet für das Amt der Verteidigungsministerin. Hinzu kamen ihre persönlichen Fehltritte. Ihr Rücktritt kam viel zu spät. Ihr Verhalten hat schon länger zu großen Irritationen bei den Bündnispartnern und befreundeten Nationen geführt. Das Verteidigungsministerium ist eines der wichtigsten Ministerien. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg ist das weitgehend auch Konsens.

Wenn Herr Pistorius jetzt das Amt übernimmt, muss er sich auf alle Regierungsparteien, vor allen Dingen auch auf die eigene SPD, hundertprozentig verlassen können in dieser schwierigen Zeit. Ich hatte den Eindruck, Christine Lambrecht hatte nie die volle Unterstützung in der Ampel und vor allem in der eigenen Partei SPD.

Man darf gespannt sein, wie sich Boris Pistorius als bisheriger Landespolitiker nun als Bundesminister der Verteidigung - ohne Mitglied im Bundestag zu sein -, etablieren wird.

Es ist richtig, dieses Amt schnell zu besetzen. Ich hoffe, dass es jetzt im Verteidigungsbereich weniger Zaudern vor Entscheidungen gibt. Das kann sich Deutschland nicht leisten. Wir brauchen in der Bundesrepublik und im NATO-Bündnis dringend einen fähigen und durchsetzungsstarken Verteidigungsminister oder -ministerin – egal ob Mann oder Frau. Ich wünsche dem neuen Minister viel Erfolg!“ ■

Wahlrechtsreform: Bundestag muss kleiner werden — Vorschlag der Ampel inakzeptabel -

Die Unionsfraktion ist bereit, gemeinsam mit der Koalition an einer Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages zu arbeiten. Den jüngsten Vorschlag der Ampel, Überhang- und Ausgleichsmandate komplett abzuschaffen, lehnt die Unionsfraktion indes ab. Fraktionschef Friedrich Merz sagte in dieser Sitzungswoche: „Wir halten diesen Vorschlag für inakzeptabel.“

Inakzeptabel sei er deshalb, weil er dazu führen könne, dass Bundestagsbewerber ihren Wahlkreis gewinnen, aber trotzdem kein Mandat erhalten, sagte Merz. Die Union selbst habe im vergangenen Jahr ein Modell vorgelegt, das beides ermögliche: sowohl die Verringerung der Zahl der Sitze als auch die Vergabe von Mandaten an all diejenigen, die ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben. Merz betonte die Dringlichkeit, den Bundestag schon in der nächsten Wahlperiode signifikant zu verkleinern.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt betonte, dass die Union zu ernsthaften Gesprächen mit der Koalition über dieses Thema bereit sei. Ein neues Wahlrecht dürfe aber den „Wählerwillen nicht so eklatant verletzten“, wie es der Vorschlag der Koalition tue. „Dieser Vorschlag ist so nicht zustimmungsfähig“, sagte Dobrindt. Eine verfassungsrechtliche Prüfung behält sich die Unionsfraktion vor.

Auch Josef Rief lehnt den Vorschlag der Ampel ab: „Wahlkreisabgeordneter wird bisher, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Mir ist wichtig, dass jeder Wahlkreis vertreten bleibt. Jeder Wahlkreisabgeordnete weiß, dass er von Parteimitgliedern und den Wählerinnen und Wählern im Wahlkreis gewählt wurde. Dadurch wird eine maximale Unabhängigkeit der Wahlkreisabgeordneten von übergeordneten Parteistrukturen gewährleistet und der Einfluss der Menschen aus allen Wahlkreisen im Bundestag in Berlin garantiert.

Wir haben der Ampel einen Vorschlag gemacht, der u.a. eine Reduzierung der Direktmandate auf 270 vorsieht und den Ausgleich der Überhangmandate erst nach den ersten 15 Mandaten zulässt. Damit wäre der nächste Deutsche Bundestag erheblich kleiner und wieder näher an den vorgesehenen 598 Sitzen.“ ■

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 🖷 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller